

## Niederschrift

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Borken

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 09.10.2013  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 17:55 Uhr  
**Raum, Ort:** Großer Sitzungssaal des Rathauses

### Anwesend sind:

#### Vorsitzender:

Lührmann, Rolf                      Bürgermeister

#### CDU:

Borchers, Harald	Stadtverordneter
Börger, Hubert	Stadtverordneter
Dost, Ursula	Stadtverordnete
Gantefort, Thomas	Stadtverordneter
Honerbom, Susanne	Stadtverordnete
Klöpffer, Hendrik	Stadtverordneter
Kohlruss, Günter	Stadtverordneter
Kranenburg, Marius	Stadtverordneter
Lanfer, Alfred	Stadtverordneter
Lansmann, Markus	Stadtverordneter
Olthoff, Klaus	Stadtverordneter
Özdemir, Ibrahim	Stadtverordneter
Queckenstedt, Klaus	Stadtverordneter
Richter, Frank	Stadtverordneter
Rottbeck, Paul	Stadtverordneter
Stork, Günter	Stadtverordneter
Tautz, Jürgen	Stadtverordneter

#### SPD:

Biela, Claudia	Stadtverordnete
Blicker, Tobias	Stadtverordneter
Bonin, Hans	Stadtverordneter
Bunse, Klaus	Stadtverordneter
Eggern, Dieter	Stadtverordneter
Kindermann, Evegret	Stadtverordnete
Niemeyer, Jürgen	Stadtverordneter

**UWG:**

Ebbing, Brigitte	Stadtverordnete
Spangemacher, Christoph	Stadtverordneter
Strotmann, Arno	Stadtverordneter
Weddeling, Heinrich	Stadtverordneter

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN:**

Becker, Maja	Stadtverordnete	
Krüger, Sandra	Stadtverordnete	ab 17.05 Uhr

**FDP:**

Leh, Karin	Stadtverordnete
Dirks, Günther	Stadtverordneter
Kauffmann, Kriemhild	Stadtverordnete

**Fraktionsloses Mitglied:**

Westermann, Hartwig	Stadtverordneter
---------------------	------------------

**Ortsvorsteher/in:**

Finke, Alfons  
Trepmann, Mechthild  
Zurhausen, Ursula

**Verwaltungsmitarbeiter/in:**

Lask, Markus	Leiter Büro des Bürgermeisters
Schnelting, Alfons	Fachbereichsleiter
Schulze Hessing, Mechtild	Erste Beigeordnete
Tenostendarp, Petra	Fachbereichsleiterin
Voß, Karola	Fachbereichsleiterin

**Schriftführerin:**

Wensing, Franziska

**Es fehlen entschuldigt:**

Hellenkamp, Kurt	Stadtverordneter
Kindermann, Kurt	Stadtverordneter
Ciethier, Klaus	Stadtverordneter
Gliem, Helga	Stadtverordnete

**Abgewickelte Tagesordnung:****Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 3 Bebauungsplan BO 25 (Am Kalkofen/ Steingrube), 1. Änderung -  
Ergebnis der Beteiligungsverfahren und Satzungsbeschluss  
Vorlage: V 2013/211

- 4 Abschluss von Gestattungsverträgen für die Wegenutzung  
Vorlage: V 2013/236
- 5 Neuvergabe der Strom- und Gaskonzession für das Stadtgebiet Borken  
Vorlage: V 2013/245
- 6 Budgetbericht zum 30.06.2013  
Vorlage: V 2013/251
- 7 FDP-Antrag: Freies WLAN in Borken
- 8 Mitteilungen und Anfragen

## **Öffentlicher Teil**

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

---

**Bürgermeister Lührmann** eröffnet die Sitzung des Rates der Stadt Borken und stellt ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Er schlägt vor, die Tagesordnung um den Antrag „Freies WLAN in Borken“ der FDP-Fraktion vom 04.10.2013 (Anlage 01) zu erweitern. Es gebe keinen inhaltlichen Beschlussvorschlag zu diesem Antrag, sondern einen Arbeitsauftrag für die Verwaltung. Da es keine Bedenken gegen diese Änderung der Tagesordnung gibt, soll der Antrag unter Punkt 7 der Tagesordnung behandelt werden.

### **zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

---

keine

### **zu 3 Bebauungsplan BO 25 (Am Kalkofen/ Steingrube), 1. Änderung - Ergebnis der Beteiligungsverfahren und Satzungsbeschluss** Vorlage: V 2013/211

---

**Bürgermeister Lührmann** erläutert, dass es im Beteiligungsverfahren keine nennenswerten Bedenken gegen die Bebauungsplanänderung BO 25 gegeben habe.

## **Beschluss:**

### **I Beschlüsse zu den Stellungnahmen**

Der Hinweis des Kreises Borken – 66.1 Raumplanung, Landschaft, Wasserwirtschaft und Abgrabungen (Fachbereich Natur und Umwelt), Burloer Straße 93, 46325 Borken, Schreiben vom 23.07.2013, AZ: 63 72 05, dass keine Bodenbelastungen vorhanden sind, wird zur Kenntnis genommen. Nach Rechtskraft des Planes wird einer Planausfertigung mit den Verfahrensdaten dem Kreis Borken zugesandt.

## II Beschlüsse zum weiteren Verfahren

Die Begründung zum Bebauungsplan BO 25 (Am Kalkofen/Steingrube), 1. Änderung Begründung gemäß § 9 Abs. 8 BauGB vom 05.08.2013 wird beschlossen.

Der Bebauungsplan BO 25 (Am Kalkofen/Steingrube), 1. Änderung wird gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 11. Juni 2013 (BGBl. I S. 1548), als Satzung beschlossen.

### Abstimmungsergebnis:

Annahme bei:

32 Ja-Stimmen  
3 Enthaltungen

### **zu 4 Abschluss von Gestattungsverträgen für die Wegenutzung Vorlage: V 2013/236**

---

**Bürgermeister Lührmann** führt in die Thematik ein. Bei den Entwürfen der Gestattungsverträge für die Wegenutzung handele es sich um ein Thema, das erstmalig zu behandeln sei und auch für künftige Anfragen dieser Art von Bedeutung sei.

**Stv. Börger** erklärt, über die Angelegenheit lasse sich streiten. Er habe kein Verständnis dafür, dass Borken eine Entscheidung im Alleingang treffe. Dieser Fall sei in der Bürgermeisterkonferenz zu regeln. Dass die Stadt Borken die Biogas-Betreiber, wie in der Vorlage dargestellt, belaste, sei inakzeptabel.

**Bürgermeister Lührmann** weist darauf hin, dass Borken eine Stadt mit kommunaler Selbstverwaltung sei und solche Fälle somit durch kommunale Satzungen zu regeln seien. Eine kurzfristige interkommunale Regelung sei nicht zu erreichen.

**Stv. Richter** stimmt Bürgermeister Lührmann grundsätzlich zu und gibt zu bedenken, dass es zahlreiche Energie- und Wärmeerzeuger in Borken gebe, die wirtschaftliche Interessen verfolgen würden. Es gebe einen Regelungsbedarf, wenn öffentlicher Grund und Boden genutzt werde. Die vorliegenden Vertragsentwürfe von Becker, Büttner, Held würden den üblichen rechtlichen Gepflogenheiten entsprechen, z. B. einer Rückbauverpflichtung, wenn die Leitungen nicht mehr benötigt würden. Darüber hinaus werde eine Sicherheitsleistung für die Nutzung der Wege gefordert. Da kein Fall wie der andere sei, könne es keinen einheitlichen Vertrag geben, der jedem Fall Rechnung tragen könne.

Für die Bemessung der Entgelte bei Fernwärme gebe es, wie der Vorlage zu entnehmen sei, eine Vielzahl von Berechnungsgrundlagen. Bei der Berechnung nach Leitungslänge gebe es eine Streubreite von 0,011 €/m bis zu 19,65 €/m und bei der Entgeltvergütung pro kWh von 0,0002 Cent bis 0,51 Cent. Daran lasse sich die Bandbreite dieses Themas erkennen. Es komme einer „Quadratur des Kreises“ gleich, die Nutzung öffentlichen Grund und Bodens einvernehmlich zu regeln. Aus Sicht der CDU-Fraktion sei die Vorlage in jetziger Form nicht entscheidungsreif.

**Stv. Richter** schließt sich der Anregung von Stv. Börger an, zu prüfen, wie die Nachbarkommunen mit Anträgen dieser Art umgehen würden. Hier sei eine kreisweite Betrachtung vorzunehmen. Zu klären sei darüber hinaus, was wirtschaftlich gerechtfertigt sei und wie die Berechnungsansätze und Multiplikatoren zu bestimmen seien. Auch finde in der Vorlage der Grundstückspreis im Außenbereich von 5,70 €/qm keine ausreichende Berücksichtigung.

**Stv. Richter** möchte außerdem, dass die Risiken der Stadt in der Vorlage konkretisiert würden. Er merkt an dieser Stelle an, dass es technisch nicht ganz korrekt sei, in jedem Fall von doppelten Leitungen bei Fernwärme auszugehen und somit das Entgelt für die Wärme-Wegenutzung höher anzusetzen als für Biogas. Es sei eine weitere Aufbereitung des Themas erforderlich, da der Energiebedarf sowohl ökonomisch als auch ökologisch zu betrachten sei.

**Stv. Ebbing** erklärt, sie habe sich eingehend mit der Vorlage beschäftigt und mit Landwirten und Verwaltung über die Angelegenheit gesprochen. Sie halte es ebenfalls für richtig, sich an den Nachbarkommunen und dem Kreis für eine Regelung zu orientieren, da die vorliegenden Berechnungen mit denjenigen für Wirtschaftswege anderer Kommunen und Kreisstraßen vergleichbar seien. Auch seien unterschiedliche Vergütungsmethoden wie jährliche oder Einmalzahlungen zu unterscheiden. Die UWG-Fraktion könne der Vorlage aus diesen Gründen nicht zustimmen. Sie sei dafür, Gespräche mit dem Kreis in dieser Sache zu führen, damit die städtischen Landwirte nicht benachteiligt würden.

**Stv. Bunse** ist der Ansicht, dass die Verwaltung mit fachlicher Hilfe gute Arbeit geleistet habe. Die SPD-Fraktion sei mit dem Ergebnis einverstanden, das nachvollziehbar und belegt sei. Sobald öffentlicher Straßenraum privatwirtschaftlich genutzt werde, könne man auf eine derartige Regelung nicht verzichten. Außerdem seien Beihilfen entsprechend dem EU-Rechte verboten, sodass eine entsprechende Vergütung für die Inanspruchnahme öffentlicher Flächen erfolgen müsse. Er weist darauf hin, dass es keine andere Möglichkeit gebe als eine Vertagung oder einen Beschluss entsprechend der Vorlage. Man habe für die Stadt Borken und für das Borkener Stadtgebiet zu beschließen. Die SPD-Fraktion folge dem Vorschlag der Verwaltung und halte diesen für vernünftig.

**Stv. Dirks** spricht sich für die FDP-Fraktion grundsätzlich für Biogas-Anlagen aus. Er halte den Beschlussvorschlag für nachvollziehbar und seine Fraktion stimme dem zu.

**Stv. Becker** fragt, ob auf Grundlage der vorgeschlagenen Berechnungsmethode zu ermitteln sei, was der einzelne Anlagenbetreiber zu zahlen habe.

**Bürgermeister Lührmann** bestätigt, dass dies anhand eines konkreten Beispiels exakt zu ermitteln sei.

**Stv. Richter** meint wie Stv. Ebbing, dass die Verwaltung näher auf die Berechnungsmaßstäbe und Streubreiten eingehen solle. Auch müsse die Abstimmung mit den Nachbarkommunen über das Stadtgebiet hinaus erfolgen. Außerdem solle die Verwaltung die Gründe und Risiken konkretisieren und Informationen und Fakten ergänzen. Daher sei heute kein Beschluss zu fassen. Er beantrage die Vertagung.

**Bürgermeister Lührmann** erläutert, man wolle eine allgemeine Regelung treffen und nicht über einen Einzelfall entscheiden. Er bittet die Fraktionen, die noch offenen Fragen an die Verwaltung zu richten.

**Stv. Börger** ergänzt, dass auch zu anderen Themen wie Kindergartenbeiträgen eine interkommunale Übereinkunft getroffen würde. Auch könne diese Angelegenheit in der Bürgermeisterkonferenz beraten werden.

**Bürgermeister Lührmann** lässt über den Vertragsantrag abstimmen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Annahme des Vertragsantrags bei:

23 Ja-Stimmen  
11 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

### **zu 5 Neuvergabe der Strom- und Gaskonzession für das Stadtgebiet Borken Vorlage: V 2013/245**

---

### **Beschluss:**

Der Rat nimmt die Ausführungen in der Sitzungsvorlage zur Kenntnis und stimmt dem o. g. Verfahren zu.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Annahme bei:

35 Ja-Stimmen

### **zu 6 Budgetbericht zum 30.06.2013 Vorlage: V 2013/251**

---

**Erste Beigeordnete Schulze Hessing** trägt zum Budgetbericht per 30.06.2013 vor, der aufgrund der späten Sommerferien in diesem Jahr erst in dieser Sitzung erfolge. Zum Stichtag 30.06.2013 sei der Haushalt nicht ausgeglichen, aber bis zum Jahresende sei der Ausgleich noch möglich. Ein großer Teil der Finanzmittel sei noch nicht verauslagt. Es werde bereits am neuen Haushalt gearbeitet.

**Stv. Richter** fragt, wie es im Hinblick auf den Haushaltsausgleich zum gegenwärtigen Zeitpunkt mehr als drei Monate nach dem Stichtag des Budgetberichts aussehe und wie sich das Steueraufkommen zurzeit gestalte.

**Erste Beigeordnete Schulze Hessing** erklärt, dass es nach wie vor ein Defizit gebe. Ob der Haushaltsausgleich zum Jahresende erreicht werde, hänge von der Entwicklung einiger Unternehmen ab. Sie gehe davon aus, dass es zu keinem hohen Defizit komme. Bei einem Haushaltsausgleich müsse alles optimal laufen. Genaueres lasse sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sagen.

## zu 7 FDP-Antrag: Freies WLAN in Borken

---

**Bürgermeister Lührmann** erklärt, dass entsprechend Punkt 1. des FDP-Antrags vom 04.10.2013 (Anlage 01) eine Beschlussfassung vorgeschlagen werde: „Die Verwaltung wird beauftragt, eine Kostenermittlung für ein freies WLAN im Bereich der Innenstadt durchzuführen.“

**Stv. Kohlruss** spricht in diesem Zusammenhang die Themen Störhaftung und GEMA an.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Kostenermittlung für ein freies WLAN im Bereich der Innenstadt durchzuführen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmige Annahme bei:

35 Ja-Stimmen

## zu 8 Mitteilungen und Anfragen

---

### **Antrag Westfalia Gemen zum Tennenplatz**

**Bürgermeister Lührmann** berichtet, dass der Vorstand von Westfalia Gemen einen umfangreichen Antrag zur „Sanierung/Modernisierung des Tennenplatzes der Sportanlage Coesfelder Straße 17 zu einem Kunstrasenplatz“ übergeben habe, der Planungskosten für 2014 in Höhe von 50.000 € und in 2014/15 Baukosten von insgesamt 500.000 € ausweise. Der Sportverein Westfalia Gemen e. V. habe darauf hingewiesen, dass an die SG in Umkleidegebäude und Kunstrasenplatz hohe Investitionen gegangen seien.

### **Verlagerung des Hubschrauberlandeplatzes am St. Marien Hospital**

**Herr Schnelting** erläutert zur vorliegenden Anfrage der SPD-Fraktion vom 02.10.2013 (Anlage 02), dass nach einer Mitteilung der Bezirksregierung Münster vom 29.04.2013 gem. § 25 Luftverkehrsgesetz Flüge zur medizinischen Hilfeleistung grundsätzlich in die Verantwortung der Besatzungen gestellt und nicht an genehmigte Flugbetriebsflächen gebunden seien.

Die Absicht, das bisher bestehende Gelände aufzugeben und ersatzweise eine andere Fläche herzustellen und zu nutzen, sei daher wie bisher luftrechtlich nicht genehmigungspflichtig.

### **FDP-Antrag zu Brachflächen in Borken**

**Herr Schnelting** trägt zum FDP-Antrag vom 07.10.2013 „Erstellung eines 'Grundstücksregisters' 'Brachflächen' in Borken“ (Anlage 03) vor. Die FDP erkläre sich damit

einverstanden, dass ihr Antrag im Rahmen von Stellungnahmen zur Regionalplanung Berücksichtigung finde.

### **Grundstücke BU 12 in Burlo**

**Herr Schnelting** teilt mit, dass, wie bereits im Hauptausschuss vorgetragen, in 2014 Mittel für die Erschließung der Grundstücke BU 12 in Burlo vorgesehen seien. Die CDU-Fraktion schlage ergänzend vor, die Grundstücksvergabe nicht wie üblich erst nach der Erschließung, sondern parallel dazu durchzuführen, damit die Bauinteressenten in 2014 mit der Planung ihres Wohnhauses beginnen könnten.

Die Verwaltung wolle entsprechend verfahren und voraussichtlich im November 2013 die Vergabebedingungen im Hauptausschuss zur Beratung vorstellen.

### **Situation der Asylbewerber in Borken**

**Erste Beigeordnete Schulze Hessing** berichtet zur aktuellen Asylbewerbersituation in Borken (Anlage 04).

gez.

Lührmann  
Bürgermeister

gez.

Wensing  
Schriftführerin